

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

42 (12.2.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Samstag, 12. Februar

1. Blatt

N^o 42

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Architekten Heinrich Jopp in Philippsburg die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Februar d. J. gnädigst geruht, den Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Schatz in Billingen nach Tauberbischofsheim und den Bezirksarzt Dr. Stocker in Tauberbischofsheim nach Billingen zu versetzen, sowie den praktischen Arzt Dr. Peter Wopp in Heddesheim zum Bezirksarzt in Vörsberg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 9. Februar d. J. gnädigst geruht, zu ernennen:

die Landgerichtsräte Edmund Schmidt und Leopold Kefel in Karlsruhe zu Oberlandesgerichtsräten, den Landgerichtsrat Rudolf Schmitt in Karlsruhe unter Enthebung von seiner Stelle als Vorsitzender einer Kammer für Handelsfachen beim Landgericht daselbst zum Landgerichtsdirektor in Mannheim,

die Landgerichtsräte Dr. Robert Reich in Freiburg unter gleichzeitiger Enthebung von seiner Stelle als Untersuchungsrichter, Joseph König und Dr. Georg Schuberger in Karlsruhe und Ernst Kircher in Mannheim zu Vorsitzenden von Kammern für Handelsfachen,

den Landgerichtsrat Karl Arnau in Freiburg zum Untersuchungsrichter beim Landgericht daselbst,

den Staatsanwalt Adolf Baumgartner in Karlsruhe zum Landgerichtsrat daselbst,

die Oberamtsrichter Gottfried Moll in Mannheim und Dr. Erwin Ritter in Karlsruhe zu Landgerichtsräten, ersteren in Mannheim, letzteren in Karlsruhe, den Notar Rudolf Lueger in Rehl zum Oberamtsrichter in Mannheim,

den Amtsrichter Dr. Karl Hafner in Rastatt zum Staatsanwalt beim Landgericht Karlsruhe mit dem Wohnsitz in Pforzheim unter Belassung im Range eines Landrichters,

den Amtsrichter August Grathwohl in Mannheim zum Landrichter daselbst,

die Gerichtsassessoren Friedrich Woll aus Philippsburg und Karl Förderer aus Waldkirch zu Amtsrichtern, ersteren in Mannheim, letzteren in Buchen,

in gleicher Eigenschaft zu versetzen:

den Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Obkircher in Mannheim nach Karlsruhe,

den Landgerichtsrat Rudolf Pfele in Karlsruhe unter Enthebung von seiner Stelle als Vorsitzender einer Kammer für Handelsfachen beim Landgericht daselbst nach Mosbach,

den Landgerichtsrat Adolf Ketterer in Mannheim unter Enthebung von seiner Stelle als Vorsitzender einer Kammer für Handelsfachen beim Landgericht daselbst nach Freiburg,

die Landgerichtsräte Alexander Brauer in Mannheim und Peter Fromberg in Mosbach nach Karlsruhe,

den Staatsanwalt Dr. Karl Rudmann beim Landgericht Karlsruhe mit dem Wohnsitz in Pforzheim nach Karlsruhe und

die Amtsrichter Wilhelm Kastner in Buchen nach Pforzheim und Dr. Erwin Umhauer in Pforzheim nach Karlsruhe;

zu verleihen:
dem ersten Staatsanwalt Dr. Ernst Kärcher in Mannheim den Rang eines Oberlandesgerichtsrats.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die gestern im preussischen Abgeordnetenhaus eröffnete Wahlrechtsdebatte hat der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg mit einer Rede eingeleitet, die allgemeine Beachtung verdient und findet, weil sie weit über den Rahmen des Wahlrechtsentwurfes hinausgehend, nicht nur ein offenes politisches Bekenntnis des Minister-

präsidenten und Reichszanlers, sondern auch eine inhaltsreiche Zusammenfassung und Beleuchtung all der mannigfaltig gestalteten Grundelemente ist, auf denen sich in Preußen und im Reich das politische Leben und die kulturelle Entwicklung aufbauen. Ein solches Bekenntnis, das den Ausfluß einer wohlbegründeten, durch Erfahrung und Erwägung gefestigten Überzeugung darstellt, muß auch der Gegner würdigen, und so verstummen gestern auch schließlich die unschönen Kundgebungen der äußersten Linken vor dem Eindruck, den die gedankenreichen Ausführungen auf das ganze Haus ausübten.

Der Ministerpräsident sprach nach den in Kürze gemeldeten einleitenden Worten über die Stellung der Parteien zum Wahlrecht: Von der Sozialdemokratie wird das preussische Wahlrecht und jede nicht mindestens dem Reichstagswahlrecht angenäherte Reform in Grund und Boden verdammt. Das ist nicht verwunderlich. Bei den Herren spricht der nackte Wille zur Macht seine Sprache, und die pflegt deutlich zu sein. (Zurufe der Soz.) Sie hoffen mit einem Wahlrecht auf breiterer demokratischer Grundlage die Gefüge des preussischen Staates zu lockern (Sehr richtig!) und erblicken darin eine Etappe auf ihrem Wege zur allmählichen Untermünierung des monarchischen Staates. (Lebh. Sehr richtig! Zurufe der Soz.) Auf diesem Wege werden wir den Herren nicht folgen und deshalb bleibt die Agitation und jeder Zwischenruf, der von Ihnen erfolgt, auf die Entschlüsse der Regierung wirkungslos. (Unruhe links. Zurufe.) Bei den übrigen Anhängern des Reichstagswahlrechts, dem Zentrum und den Freisinnigen, scheinen mir weniger die Sucht nach Selbstherrlichkeit als ethische und theoretische Motive maßgebend zu sein. Das Zentrum hat bisher seine Siege sicher gehabt, mochte nach Reichstagswahlrecht oder nach Dreiklassenwahlrecht gewählt werden. Es würde kaum an Stärke gewinnen, wenn wir in Preußen das Reichstagswahlrecht einführen. Nur die Persönlichkeiten würden vielleicht wechseln, und das würde ich bedauern. Und die Freisinnigen — niemand wird den Herren vorwerfen dürfen, daß ihre Wünsche eigennützig wären. (Sehr gut in der Mitte.) So glänzende Zeiten, wie im Anfang der 60er Jahre im preussischen Landtage, hat der Fortschritt, der ausgesprochene Fortschritt, im ganzen Reichstag noch nicht erlebt, und in jener Zeit wurden Sie doch von einem Bismarck bekämpft. Und heute — meine Herren, in der letzten Landtagswahlstatistik, die so viel und so stark kritisiert worden ist, kann man es lesen, aber es scheint der Aufmerksamkeit vielfach entgangen zu sein — heute verdankt von all den Herren, welche gegenwärtig die Freisinnige Vereinigung ausmachen, nur ein Einziger seinen Sitz einer Majorität auch in der dritten Wählerklasse, also der in dieser Klasse vereinigten, sogenannten entrechteten Volksmasse, der Sie mit dem Reichstagswahlrecht zum Siege verhelfen wollen. Meine Herren! Bei dem Nennen um die Gunst der Massen werden Sie immer hinter den Sozialdemokraten um mehrere Herdelangen zurückbleiben. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Sie haben stumpfere Sporen. Sie mühten denn, wie es der linke Flügel der bürgerlich-demokratischen Presse schon heute tut, Löne anzuschlagen, die nicht mehr dazu passen, daß Sie Vertreter des fortgeschrittenen gebildeten Bürgertums sein wollen. Geben Sie diese Position aber erst einmal auf, dann verlieren Sie Ihre Selbstständigkeit, und damit die Bedeutung, die die Fortschrittspartei für unser staatliches und politisches Leben hat. (Unruhe links.) Sie würden mit dem Reichstagswahlrecht zwar den demokratischen Gedanken Geltung verschaffen und die Konservativen schwächen — insofern würden Sie Ihren Willen durchsetzen — aber lachender Erbe wäre ein Dritter. Aber ich wiederhole es, Sucht nach eigener Herrschaft steht ja gar nicht hinter Ihrer Agitation für das Reichstagswahlrecht. Mit dem Zentrum halten Sie grundsätzlich jedes abgestufte Wahlrecht und vollends unser Dreiklassenwahlrecht für verwerflich und nur das gleiche Wahlrecht für menschenwürdig. Im Streit hierüber werden wir uns nie einigen. Es ist Sache der Überzeugung auf beiden Seiten. Sie sind der Ansicht, daß der nackte Zahl, der großen Masse die Herrschaft ausgeliefert werden muß, wenn sich der Staat glücklich fortentwickeln soll. Ich bin der Überzeugung, daß die nackte Zahl zwar der bequemste, aber keineswegs der alleinige Wertmesser für die lebendigen Kräfte des Volkes ist. Sie halten mit theoretischer Fähigkeit an einer Forderung fest, unbekümmert um alle praktischen Erfahrungen, die mit dem gleichen Wahlrecht

(Mit einer Landtagsbeilage.)

gemacht worden sind und gemacht werden, unbekümmert um die gewaltigen Verschiebungen, die im preussischen Staatsleben dadurch eingetreten sind, daß die Kompetenzen zwischen Reich und Einzelstaaten geteilt worden sind, und daß wir in Preußen selbst umfangreichste Staatsgeschäfte vom Staat auf die Kommunalverbände übertragen haben. Sie werden es mir nicht verargen, meine Herren, wenn ich von der theoretischen Diskussion über die Vorzüge und Nachteile des gleichen Wahlrechts einerseits, des abgestuften Wahlrechts andererseits absehe. Wir hätten davon praktisch keinerlei Erfolg.

Es ist so sehr Sitte geworden, Preußen als das Land der finsternen Reaktion hinzustellen. Es ist notwendig, jener Phrase, die immer wieder als Gespenst aus vormärzlicher Zeit heraufbeschworen und schließlich im Zu- und Auslande für ein leibhaftiges Wesen gehalten wird, einmal ins Gesicht zu leuchten. Nicht um einen Lobeshymnus auf unsere Verhältnisse anzustimmen — das wäre genau so abgeschmackt, wie das Häufen von Schimpf und Schande, das Beschmutzen des eigenen Nestes abgeschmackt und unwürdig ist — sondern um zu zeigen, daß die preussische Gesetzgebung des Dreiklassenparlamentes den bürokratischen, den einseitigen, den plutokratischen Charakter nicht hat, den man ihr nachsagt.

Die preussischen Finanzen sind, wenn man in großen Zügen spricht, aufgebaut auf den staatlichen Betriebsverwaltungen und den direkten Steuern. Kein Mensch kann unserer Einkommen- und Vermögenssteuer vorwerfen, daß sie die Reichen zu ungunsten der Armen bevorzuge. Und noch jede Novelle, die mit Ihnen zu diesen Steuergesetzen neuerdings gemacht worden ist, hat die Tendenz gehabt, die Wohlhabenden noch weiter und im stärkeren Maße zu belasten, als die Unbemittelten. (Sehr richtig!) Sehr demokratisch regierte Länder kämpfen seit Jahren, aber bisher noch vergeblich, um eine ähnliche Gesetzgebung. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Ich habe auch bisher eigentlich nicht gemerkt, daß die preussischen Volksmassen unter dieser vom Dreiklassenparlament gemachten Steuergesetzgebung seufzten. Und unsere Betriebsverwaltungen? Ich wußte nicht, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen eine unsoziale Maßregel gewesen wäre. (Sehr richtig!) Im Gegenteil! Und weiter? Ist etwa die Art und Weise, wie auf Grund der von diesem Parlament bewilligten Geldmittel in den staatlichen Betriebsverwaltungen die Lohnfrage der Arbeiter geregelt wird, wie in der Eisenbahnverwaltung z. B. bedeutende Mittel aufgewandt werden, um die Stellung der Arbeiter über die Bezüge aus der reichsgeföhligen Versicherung hinaus zu erhöhen; sind die hohen Aufwendungen, die Sie uns zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Beamten und Arbeiter bewilligt haben — ich greife nur Beispiele heraus —, ist alles das ein Zeichen dafür, daß das sogenannte Geldsackparlament so ganz seiner sozialen Verpflichtungen uneingedenk gewesen wäre? Natürlich, die Herren Sozialdemokraten verlangen viel mehr. (Zuruf: Koalitionsrecht! b. d. Soz.) Aber wenn man sich einmal im praktischen Leben umsieht — ich habe sehr häufig gefunden, daß die Privatbetriebe in der Nachbarschaft von Staatsbetrieben darüber klagen, daß sie ihren Arbeitern wirtschaftlich keine gleiche Lebenshaltung sichern können, wie es die Staatsbetriebe tun. (Sehr richtig!)

Der Ministerpräsident sprach dann eingehend über die Selbstverwaltung in Preußen, über die Stellung der Regierung zu den Parteien und das preussische Beamtentum, und entwickelte dann die allgemeinen Richtlinien der Wahlreform, indem er ausführte: Mir ist mehrfach der Gedanke entgegengebracht worden, die Regierung müsse eine gründlich liberalisierende Reform vorschlagen, sonst würde uns die rote Flut verschlingen. Für mich leidet dieser Vorschlag an zwei Fehlern. Erstens ist Furcht immer der schlechteste Ratgeber, und sodann — glaubt man denn, daß der Sozialdemokratie mit irgend einem Wahlrecht gebient wäre, das ihr nicht zur Herrschaft verhülfe? So unschuldig sind die Herren nicht. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir aber wirklich schon so weit sein sollten, daß bürgerliche Parteien oder ihre Wähler sich grundsätzlich der Sozialdemokratie zuwenden, weil ihnen die eingebrachte Wahlreform ungenügend ist, dann ist nicht die Wahlreform daran schuld, sondern der mangelnde staatliche Sinn der Überläufer. (Lebhaftes Zustimmung.) Die Regierung kann Ihnen nur eine Reform vorschlagen, welche in Anknüpfung an das Gegebene Bestimmungen beseitigt, die ihre innere Berechtigung ver-

loren haben und welche zugleich neue Vorschriften einführt, die es verhindern, daß das Vorhandene sich zu schädlichen Formen auswächst. Sie tut das, und sie muß es tun, weil der Staat überlebtes nicht konservieren soll. Wie oft wird in der Wahlagitatio das bekannte Verdikt Bismarcks über das Dreiklassenwahlrecht zitiert, besonders von denen, die seinerzeit seine erbittertsten Gegner waren. Daß trotz dieses Verdiktes Bismarck in 30jähriger Tätigkeit das Wahlrecht nicht geändert, daß er am Ende seines Lebens, als er die Entwicklung Deutschlands und Preußens überlebte, in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ganz andere Anschauungen niedergelegt hat, das wird lieber verschwiegen. Man stellt eben Bismarck als den Theoretiker hin, der uns das Reichstagswahlrecht gegeben habe, weil er es für vollkommen angesehen hätte, und der das Dreiklassenwahlrecht verdammt habe, und es deshalb — ja, da hinkt die Sache, er hat es eben nicht abgeändert. In der ganzen Auffassung, die Bismarck zum Eideshelfer für eine radikale Wahlreform aufruft, spricht sich eine grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit aus. Lesen Sie doch einmal seine Rede vom 28. März 1867 nach, in der sich jene Kritik über das Dreiklassenwahlrecht befindet, die er ja auch schon früher und noch schärfer formuliert hatte. Er sagt von dem Reichstagswahlrecht, dessen Mängel er ausdrücklich anerkannte, daß es uns überkommen sei, als ein Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen. Es sei eben dagesesen, die Verbündeten Regierungen hätten einfach genommen, was vorlag, und wovon sie glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, und weitere Sintergedanken hätten sie dabei nicht gehabt. Schärfer kann der reale und geschichtliche Geist Bismarckscher Politik gar nicht ausgesprochen werden. Und auch die heutige Regierung kann sich nur auf den geschichtlichen Boden stellen. Auch für uns liegt, wenn wir Ihnen eine Reform des Wahlrechts vorschlagen, die Sache gar nicht so, daß wir zu fragen hätten, wie und nach welchem System können wir für Preußen ein ideales Wahlrecht schaffen — ein solches gibt es überhaupt nicht —, sondern wir haben zu fragen, welche Bestimmungen des bestehenden Wahlrechts haben wir zu ändern, um es für die Zwecke des Staates brauchbar zu erhalten. Lediglich nach diesen Gesichtspunkten ist der Entwurf aufgestellt. Ich will im gegenwärtigen Augenblick auf seine Bestimmungen im einzelnen meinerseits nicht eingehen. Dazu wird sich im weiteren Verlauf der Debatte noch genügend Gelegenheit geben, wenn wir Ihre Kritik gehört haben werden. Nur einen Punkt, einen negativen freilich, will ich noch herausgreifen.

Der Entwurf hält an der öffentlichen Wahl fest. Viele Preherörterungen, welche ihn vor seinem Erscheinen und jetzt in den letzten Tagen begleitet haben, halten ihn um deswillen für unbrauchbar. Man hat ihn als „unanständig“ bezeichnet. Das ist ja das **Modewort**, mit dem man jetzt dem Staatsbürger staatliche Institutionen zu verleiden sucht. Auch die Frage der öffentlichen oder der geheimen Stimmabgabe ist in vielen Beziehungen eine Frage der Überzeugung, über die zu kämpfen unfruchtbar ist. Beide Systeme haben ihre Vorzüge und Nachteile, abgesehen davon, ob sie absolut gut oder absolut schlecht ist, keins von beiden. Wir haben das öffentliche. Sollen wir von ihm abgehen, so müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß das geheime Wahlrecht das unbedingt bessere ist, besser theoretisch und praktisch. Die Stellung der Regierung ist auch in dieser Frage eine andere als die der einzelnen Politiker. Der einzelne mag eine größere Neigung für das geheime Wahlrecht haben und es deshalb befürworten. Für die Regierung kommt in Frage, ob sie ein bedeutungsvolles Prinzip des bestehenden Rechts, das für sie Grundlage jeder Reform bleibt, aufgeben soll oder nicht. Die Geheimheit der Wahl soll es verbürgen, so meint man, daß der Wähler in voller Unabhängigkeit seiner politischen Überzeugung Ausdruck geben kann. Man übertreibe doch nicht immer diese Unabhängigkeit. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen, und da soll der Mensch, der einen Wahlzettel in die Hand nimmt, plötzlich frei in der Luft schweben. Das ist ein Phantomb. Es fällt mir nicht ein, in Abrede zu stellen, daß es die geheime Wahl dem Wähler erleichtern kann, sich von Rücksichten auf seine wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Überzeugungen frei zu halten und politischen Überzeugungen zu folgen. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß diese Abhängigkeitsverhältnisse heute stärker seien als zu der Zeit, da unser Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil, das sogenannte patriarchalische Verhältnis, das damals z. B. die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielfach beherrschte, ist fast völlig verschwunden. Jeder, der im praktischen Leben steht, weiß, wie schwer es hält, Arbeiter zu finden und festzuhalten, um wieviel unabhängiger der Arbeiter geworden ist, und darüber hinaus, in wie hohem Grade überhaupt die Unabhängigkeiten gewachsen sind. Und weiter. Die gute Absicht des Gesetzgebers, die Betätigung einer unabhängigen politischen Überzeugung im Wahlakt zu gewährleisten, schafft noch nicht diese Überzeugung. Die Heimlichkeit der Wahl hilft ganz unzulänglich dazu, alle innerlich oder geistig schwächeren Wähler unfrei zu machen gegenüber den Antrieben, materielle Instinkte, persönliche Bestimmungen und den Gang zu allgemeiner Unzufriedenheit walten zu lassen. Deshalb hat die Sozialdemokratie bei der geheimen Wahl weit mehr Mitläufer als bei der öffentlichen. Deshalb ist die Sozialdemokratie, die doch sonst den Fanatismus der Öffentlichkeit hat, eine so unbedingte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. Sie, die immer gewohnt ist, praktische Realpolitik zu treiben, schämt also den Suffrag, der ihr bei geheimer Wahl aus

den Mittläufern erwächst, höher ein, als die Vorteile, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt.

Den Schluß der Rede bildete eine Betrachtung über die Stellung Preußens im Reich und die damit zusammenhängenden Wirkungen des Wahlrechts: „Formal ist die Angelegenheit lediglich eine preußische, und ich darf der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß sein, wenn ich die Stimmung ganz entschieden zurückweise, welche dem Reiche eine Kontrolle über das vordizieren, was wir hier beraten und beschließen. Materiell ist es vollkommen berechtigt, wenn man im Reich mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, wie sich im führenden Bundesstaate die staats- und verfassungsrechtlichen Verhältnisse gestalten. Dabei ist für manche Kreise gewiß der rein praktische Wunsch bestimmend, daß ein am letzten Ende auch demokratisierter Bundesrat die Geschichte des Reiches bestimmen möge. Das ist eine Entwicklungslinie, der wir widerstreben müssen, gerade in Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht. Aber es kommen auch noch andere Erwägungen zu Wort. Es wird vielfach die Selbstverständlichkeit bezeichnet und gefordert, daß die konstitutionelle Entwicklung der verschiedenen Einzelstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne Verständnis für die Eigenart der deutschen Nation, ihre Geschichte und Kultur. Wenn es dem Wesen des deutschen Volkes und seiner Kultur entspräche, daß dem Norden und Süden die gleichen politischen Formen paßten, so hätte sich im Laufe der tausendjährigen Geschichte Deutschlands längst der zentralistische Staat entwickelt. Daß es nicht geschehen ist, liegt nicht an Zufälligkeiten der Geschichte, sondern in einem tiefen Zug des deutschen Wesens, der, wenn er auch die Quelle unseres politischen Glanzes war, doch auch mit dem Reichtum und der Innerlichkeit unserer Kultur und mit dem Besten, was Deutschland geschaffen hat, eng zusammenhängt. Der individualistische Zug oder, wie Bismarck sagte, der starke **Isolierungstrieb im deutschen Wesen** verhinderte lange die Bildung einer adäquaten politischen Form, machte Deutschland und die deutschen Staaten zum Spielball fremder Interessen, und als schließlich die Form gefunden wurde, weil sie gegen das Ausland gefunden werden mußte, konnte es nur ein Föderativstaat sein, dessen Wesen eben darin liegt, daß die einzelnen Teile ihre durch Geschichte, Kultur und Charakter bedingte Eigenart in ihm wahren können, ohne daß die Interessen des Ganzen leiden.“ Der Ministerpräsident schloß dann, wie bereits gemeldet, mit dem Wunsch, daß die Beschlüsse über das preußische Wahlrecht nicht nur zum Wohle des preußischen Staats, sondern des ganzen Reiches dienen mögen.

Minister des Innern v. **Moltke** sprach unter großer Anruhe des Hauses über die Einzelheiten der Vorlage und erläuterte die Bestimmungen des Entwurfs. Die Form der indirekten Wahl könne fallen gelassen werden, da die heutigen Verhältnisse sie überflüssig gemacht haben.

Abg. **Frhr. v. Richthofen** (konf.): Ich glaube, daß eine große Anzahl Mitglieder dieses Hauses mit mir derselben Auffassung in der Beurteilung der Vorgänge sein wird, die sich hier zutragen. Eine Grundbedingung unseres konstitutionellen Lebens ist die gegenseitige Achtung der Faktoren der Gesetzgebung. Der Vertreter der Staatsregierung ist aber von Mitgliedern dieses Hauses mit Zurücken begrüßt worden, die nicht einmal auf die Straße gehören und die ich aufs schärfste verurteile. Die Darlegungen des Ministerpräsidenten waren für uns von großem Interesse. Auch wir wollen keineswegs eine Stagnation im preußischen Staatsleben. Wir sind keine Reaktionsäre. Wir wollen einen geordneten Fortschritt (Lachen links.) Wir sind in vieler Hinsicht viel fortschrittlicher gewesen als die Freisinnigen, ja sogar als die Sozialdemokraten. (Großes Gelächter.) Denken Sie doch an die sozialpolitische Gesetzgebung, die wir mit Bismarck zusammen entriert haben. Im vorigen Jahre habe ich bei Beratung der freisinnigen Wahlrechtsanträge namens meiner Partei erklärt, daß wir an den Grundlagen des preußischen Wahlrechts nicht rütteln lassen würden, da die Sprünge ins Dunkle schon vielen recht schlecht bekommen sind.

Abg. **Träger** (fr. Wp.) erklärt, für seine Freunde sei die Vorlage **unannehmbar**, weil sie nicht einmal das geheime Wahlrecht bringe. Die Freisinnigen würden in der Kommission mitarbeiten.

Abg. **Schiffer** (natl.) führt u. a. aus: Wir lehnen die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen nach wie vor ab. Wir fordern von der Wahlrechtsreform neben der Beseitigung der indirekten Wahl die Beseitigung der plutokratischen Starrheit und der Öffentlichkeit und eine Neueinteilung der Wahlkreise. Wenn auch die Wahlrechtsvorlage fällt, die Wahlrechtsfrage wird bleiben, bis sie gelöst ist. Wir werden es uns angelegen sein lassen, aus dieser Vorlage etwas Positives zu schaffen. Die von den Sozialdemokraten beim Beginn aufgeführte Szene nennt der Redner einen Theatercoup, der keinen Eindruck mache; er warnt dringend vor Massendemonstrationen. Die Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte wurde sodann auf heute, Freitag, vertagt.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 10. Februar.

Abg. **Gothlein** (fr. Wp.): Im Patent der Offiziere steht, daß sie „die Prärogative ihres Standes wahren sollen“. Wie steht es damit?

Kriegsminister v. **Seeringen** betont, die Prärogative bestehe nur darin, für jeden alten Offizier wenigstens, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit bis zum Äußersten tun.

Abg. **Müller-Meinigen** (fr. Wp.): Viele ehemalige hohe Offiziere urteilen anders über die Bevorzugung des Adels, als der Kriegsminister.

Beim Kapitel „**Gouvernements**“ werden verschiedene Einzelwünsche vorgebracht.

Abg. **Kobelt** (Bildl.): Bedauerlicherweise wird die allmähliche Einschränkung der Militärbetriebsstellen zugunsten der Handwerker nicht weitergeführt.

Oberst v. **Zastrow**: Die Maßnahme der Verwaltung ist erfolgt, um nötige Reparaturen schneller und billiger zu haben.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird zum Kapitel „**Adjutanturoffiziere**“ übergegangen.

Abg. **Müller-Meinigen** (fr. Wp.): Unrichtig ist es, daß zur Änderung des Verhältnisses des Kriegsministeriums zum Militärkabinett eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Wir bekämpfen die Zuständigkeit des verantwortlichen Militärkabinetts in Gerichtsachen bezüglich der Ehrengerichte. Der König hat den Eid auf die Verfassung geleistet. Daher leistet der Soldat bei seinem persönlichen Eide gleichzeitig den Verfassungseid.

Kriegsminister v. **Seeringen**: Ich habe nur gesagt: „Wenn der Kriegsminister im Reichstag für die Ausführungen der dem König zuständigen verfassungsmäßigen Rechte verantwortlich gemacht werden soll, dann muß eine Verfassungsänderung vorgenommen werden.“ Bei dem Kapitel „**Geldverfleger der Truppen**“ wünscht Abg. **Kesibel** (konf.), daß die Besoldung der Reitschulen ausgedehnt werde.

Abg. **Gothlein** (fr. Wp.): Den jüdischen Einjährigen werde es immer noch unmöglich gemacht, Referveoffiziere zu werden. Träten die Anwärter aber zum Christentum über, dann trete plötzlich ihre Abstammung in den Hintergrund.

Kriegsminister v. **Seeringen**: Bei der Beförderung zum Vorgesetzten kommen nicht nur Können, Wissen und Charakter, sondern auch die ganze Persönlichkeit in Frage. Diese muß achtunggebend sein. Es liegt mir fern, grundsätzlich zu behaupten, daß das bei unsern jüdischen Mitbürgern nicht der Fall wäre. Im niederen Volkse besteht nun eben noch eine andere Auffassung. Trotz aller vortrefflichen Leistungen wird darauf gesehen werden, ob die Persönlichkeit der Offizierskandidaten geeignet ist, ihre Autorität vor der Front zu sichern. Die Wahl zum Referveoffizier steht in dem freien Ermessen des Offizierkorps. In dieser Hinsicht eingzugreifen, lehne ich ab. Wird ein jüdischer Wizegawachmeister oder Wizefeldwebel dem König als Offizier vorgeschlagen, so wird er auch befördert werden. Der Rücktritt meines Amtsvorgängers hängt mit dieser Frage nicht zusammen.

Abg. **Gothlein** (fr. Wp.): Ich bedauere die heutige Antwort des Kriegsministers. Sie bedeutet einen wesentlichen Rückschritt; denn sie leistet den antisemitischen Tendenzen im Seere Vorschub.

Kriegsminister v. **Seeringen**: Antisemitische Tendenzen liegen mir fern. Ich habe nichts anderes gesagt als mein Vorgänger.

Abg. **Mugdan** (fr. Wp.): Seit 1880 ist kein Jude Referveoffizier geworden. Soll in diesen dreißig Jahren kein brauchbarer jüdischer Einjähriger gedient haben? Die Verfassung sichert allen Bürgern gleiche Rechte.

Die Debatte wendet sich dann zum Kapitel „**Veterinär-offizierkorps**“, wobei der

Abg. **Lieber** (Wp.) vorschlägt, statt „Veterinär“ ein gut deutsches Wort, z. B. **Tier-, Roß- oder Pferdearzt** zu setzen.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Die Zivilmusiker verlangen die Beseitigung der schweren Konkurrenz der Militärkapellen. Die Zivilmusiker haben an sich schon schwer zu kämpfen.

Abg. **Kopff** (fr. Wp.) wünscht eine Einschränkung der Zahl der Militärmusikkorps.

Oberst **Wandel**: Von schmutziger Konkurrenz der Militärmusiker ist nicht zu sprechen. Das gewerbliche Spiel ist wünschenswert, um eine gute Musik zu erreichen. Unter den gegenwärtigen Löhnungsverhältnissen ist das private Spiel nötig, um die guten Kräfte zu erhalten. Den Bühnenmachern ist es nur gestattet, gegen den ortsüblichen Lohn Gehilfen zu beschäftigen. Bei ihnen wie bei den Militärmusikern wird auf strenge Innehaltung der Zimmungspreise gesehen.

Beim Kapitel „**Naturalverfleger**“ führt Abg. **Wesl** (natl.) Klage über die übermäßige Verwendung von holländischem Heu für Militärzwecke.

Abg. **Görcke-Brandenburg** (natl.) wendet sich gegen die Preispolitik der Provinzialämter.

Oberst v. **Zastrow**: Prinzipiell wird nur inländisches Heu bezogen. Nur im Notfall müßte zu ausländischem Heu gegriffen werden.

Nach Genehmigung weiterer Kapitel wird die Weiterberatung auf Freitag ein Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 11. Februar.

Vizepräsident Dr. **Spahn** eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr.

Zunächst werden die Petitionen, welche zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erklärt wurden, debattelos erledigt.

Sodann wird die zweite Lesung des **Militäretats** fortgesetzt bei Kapitel **Bekleidung und Ausrüstung der Truppen**.

Abg. Dr. Götze (nail.) begründet eine Resolution seiner Partei, in welcher eine Denkschrift über die Organisation und die Kosten des Militärkleidungswesens verlangt wird und sagt, die Hoffnung, durch die Einführung der Zivilhandwerker bei den Militärwerkstätten erhebliche Ersparungen zu machen, hat sich augenscheinlich nicht bestätigt.

Kriegsminister von Heeringen: Die Zivilhandwerker werden uns doppelt so viel kosten als die Ökonomiehandwerker. Die geforderte Denkschrift sagt der Kriegsminister sodann zu.

Abg. Stücken (Soz.): Wie stimmen der Resolution zu, wollen aber nicht nur Auskunft, sondern Besserung der Verhältnisse.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Resolution stimmen wir zu, doch sollten vorher die Handwerkerkammern gutachtlich gehört werden.

Abg. Albrecht (Soz.): In den Bekleidungsämtern sollten stat Offiziere sachmännlich gebildete Leute angestellt werden.

* Berlin, 10. Febr. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst dem Bundesrat zugegangen. Er wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Zur Lage in England.

(Telegramme.)

* London, 11. Febr. Von der Universität Edinburgh wurde der konservative Finlay zum Vertreter im Unterhause gewählt.

* London, 11. Febr. Der Führer der irischen Unionisten Redmond machte gestern Abend in Dublin eine Mitteilung, die vielleicht großen Einfluß auf die politische Lage haben wird. Er betonte, daß selbst die extremen Teile der liberalen Partei, wenn auch widerstrebend, die Notwendigkeit anerkannt haben, bei den finanziellen Bedürfnissen der Regierung das Budget anzunehmen, bevor gegen die Lords etwas unternommen werde. Die Nationalisten seien einiger und fester als irgend eine frühere Partei. Er betonte ferner, Irland könne und wolle der Regierung nicht zugestehen, daß zuerst das Budget angenommen und dann erst die Frage der Lords verhandelt werde.

Die Streikbewegung im Kohlenrevier von Süd-Wales.

* London, 11. Febr. Die Abstimmung unter den Bergleuten von Northumberland ergab, daß diejenigen Kohlengruben, auf denen die Arbeit bereits eingestellt ist, mit großer Mehrheit für die Aufnahme des Streikes eintreten, daß jedoch überall da, wo auf Grund eines Übereinkommens mit den Eigentümern gearbeitet wird, gegen den Streik gestimmt worden ist. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die für den Streik erforderliche Zweidrittelmajorität ergeben wird.

* Cardiff, 11. Febr. Die Verhandlungen des Einigungsausschusses für den Kohlenbergbau in Südwales wurden um 14 Tage vertagt. Die Lage ist ernst.

Spanien und Marokko.

(Telegramme.)

* Madrid, 10. Febr. Nach dem Bekanntwerden des Todes des deutschen Botschafters Grafen Tattenbach statete Seine Majestät der König jogleich der Gemahlin des Botschafters einen Beileidsbesuch ab und versicherte die Gräfin seiner lebhaften Anteilnahme. Nach dem König begaben sich der Infant Ferdinand, Prinz Leopold von Battenberg und der Vertreter der Infantin Isabella gleichfalls in die Botschaft, um ihr Beileid auszudrücken. Der Ministerpräsident Canalejas unterbreitete dem König ein Dekret, wonach dem verstorbenen Botschafter beim Leichenbegängnis, das am Sonnabend stattfindet, die Ehre eines Generalkapitäns erwiesen werden sollen.

* Madrid, 10. Febr. Die Pläne für die Befestigung von Melilla, deren Errichtung die Regierung nach dem letzten Feldzug beschlossen hat, sind von der technischen Kommission bereits fertiggestellt worden. Der Kriegsminister hat die Entwürfe dem Ministerpräsidenten übermittelt, so daß die baldige Verhandlung der Angelegenheit im Ministerrat zu erwarten ist.

Der Sultan und das Anleiheabkommen.

* Tanger, 10. Febr. Der Sekretär der marokkanischen Gesandtschaft in Paris hat dem Sultan in Fez den Text der in Paris getroffenen Abkommen über die Anleihe und über die übrigen zur Verhandlung gekommenen Gegenstände überreicht. Als die Minister den Sultan zur Ratifikation der Schriftstücke aufforderten, antwortete der Sultan: „Jawohl, ich will unterzeichnen, aber ich wünsche, daß man mir Garantien gibt, ebenso, wie ich Garantien gebe. Ich will nicht, wie Abdul His es getan, eine Unterschrift geben, ohne die Konsequenzen zu überblicken, die sie nach sich ziehen dürfte.“

* Paris, 11. Febr. Aus Fez wird gemeldet, der Sultan Mulay Hafid sei nach Einsichtnahme in das von El Mokri abgeschlossene Abkommen in großen Zorn geraten. Er habe Drohungen gegen Frankreich ausgestoßen und den Befehl erteilt, die von den französischen Instruktionen ausgebildeten Truppenteile aufzulösen und den Ar-

tillierinspekteur Sila hein Cauffi, der dem französischen Major Rangin zur Verfügung gestellt worden war, zu verhaften. Der französische Konsul habe gegen dieses Vorgehen Einspruch erhoben, sei aber vom Sultan keines Gehörs gewürdigt worden. Die französische Militärmission habe sofort ihren Instruktionsdienst eingestellt. Man erwartet ihre Abberufung und noch ernstere Zwischenfälle, falls Mulay Hafid auf dieser seiner Haltung beharren werde.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 11. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Legationsrat Dr. Seyb und den Ministerialdirektor Geheimerat Göller zur Vortragserstattung. Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

* (Erdbeben.) Zum viertenmal in diesem Winter ist in unserem Land ein Erdbeben verspürt worden. Während die vorhergehenden nur mehr lokaler Natur waren, scheint das Beben, das am Nachmittag des 9. Februar (Mittwoch) wahrgenommen worden ist, ausgedehnter gewesen zu sein. Bis jetzt liegen nur Nachrichten aus der Rheinebene südlich der Kinzig und aus dem Wiesental vor. Da es von besonderer Wichtigkeit ist, den Umfang des Schüttergebietes festzustellen, so ergeht an alle diejenigen Personen, welche Wahrnehmungen über Zeit und Art des Auftretens des Bebens gemacht haben, das Ersuchen, diese entweder dem Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie in Karlsruhe, das für die Erdbebenkommission des Karlsruher Naturwissenschaftlichen Vereins die Beobachtungen sammelt, oder den Organen der Wasser- und Straßenbauinspektion, die mit der Einziehung von Erkundigungen über den Umfang des Bebens beauftragt sind, mitzuteilen. Meldeformulare werden von den Großh. Wasser- und Straßenbauinspektionen und den Großh. Forstämtern abgegeben.

* (Orgelkonzert.) Am Sonntag den 27. d. M. wird Freunden der „Orgelmusik“ Gelegenheit gegeben sein, einen Frankfurter Orgelmusiker bei einem intimen Konzert in der Schloßkirche kennen zu lernen. Herr Bernhard Dreier wird Kompositionen von Burtebude, Regier, Liszt, Bach zum Vortrag bringen. Geschäfte hiesiger Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt. Näheres wird bald bekannt geben. — Der Karlsruherverkauf findet in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doerr statt.

(Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 7. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Mülling. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Huber. In geheimer Sitzung beschäftigte die Strafkammer in mehrstündiger Verhandlung die Anklage gegen den Lithographen Johann Friedrich Maag aus Mühlberg und dessen Ehefrau Maria Magdalena Maag geb. Köhlfetter aus Gaggenau, beide hier wohnhaft, wegen Verbrechen gegen §§ 180 und 181 a N.St.G. und wegen Körperverletzung. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses verurteilte das Gericht Maag zu 2 Jahren 6 Monate Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Aberweisung an die Landespolizeibehörde, die Ehefrau Maag zu 1 Jahr Gefängnis. An jeder Strafe kommen 4 Monate Untersuchungshaft in Abzug. — Anfangs November verübte die schon 17 mal vorbestrafte Hausfrau Maria Köhler geborene Friedhoff aus Wehrbauer in hiesiger Stadt zwei Diebstähle. Im Hause Leopoldstraße 2 entwendete sie aus einem Dienstbotenzimmer, das sie mit einem falschen Schlüssel geöffnet, Frauenkleider im Werte von 60 M. und im Hause Ludwig-Wilhelmstraße 11 stieg sie durch ein offenes Fenster in die Parterrewohnung einer Kleidermacherin ein und stahl dort Kleider- und Futterstoffe im Gesamtwerte von 48 M. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagte auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Aus Wertheim wird von gestern gemeldet, daß infolge der Schneeschmelze Main und Tauber rapid gestiegen sind. — Die 14jährige Tochter des Maurers Johann Lemberger in Keihsch verlor sich vor geraumer Zeit nicht unerheblich am Fuße. Die Wunde heilte rasch. Inzwischen trat aber Bluterguss ein, die dem jungen Leben ein Ziel setzte. — In Kärnten trauert der 23jährige Smedt Michael Weidig aus Altmünster (Wörtembergs) infolge einer Wette in wenigen Minuten ein Viertel Kirchwasser. Der Betrunkenen wurde in den Ortsarrest verbracht, wo er an Alkoholvergiftung starb.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Stockholm, 11. Febr. Seine Majestät der König hat heute Nacht im ganzen sieben Stunden geschlafen. Das Gesamtbefinden hat sich bedeutend gebessert.

* Wien, 10. Febr. Zur Frage der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Wien und Petersburg schreibt die Polit. Korrespondenz: Bei dem vertraulichen Charakter der zu diesem Zwecke eingeleiteten Besprechungen, die einen normalen Verlauf nehmen und sich befriedigend zu entwickeln scheinen, können Nachrichten, die bereits in dem gegenwärtigen Zeitpunkt über Einzelheiten dieser Aktion verbreitet werden, selbstverständlich keinen Anspruch auf Authentizität erheben. Es kann umso mehr empfohlen werden, dem Ergebnis der schwebenden diplomatischen Verhandlungen mit Geduld entgegenzusehen, als zu erwarten ist, daß die Öffentlichkeit in dem Augenblick, wo dieser Meinungsaustrausch zum Abschluß gelangt sein wird, durch sofortige beglaubigte Mitteilungen ausreichende Aufklärungen erhalten wird.

* Paris, 11. Febr. Die Deputierten Etienne, Deschanel und Chaillay, welche an der Spitze der großen kolonialen Vereinigungen stehen, richteten an alle Kolonialvereine einen dringenden Aufruf zur Bildung eines kolonialen Zentralverbandes, welcher die durch den neuen französischen Zolltarifentwurf schwer bedrohten Interessen der Kolonien mit aller Entschiedenheit zu schützen hätte.

* Haag, 11. Febr. Erste Kammer. In der gestrigen Sitzung wurde die Debatte über den angeblich vom deutschen Kaiser an die Königin gerichteten Brief fortgesetzt, der die Drohung enthalten soll, der deutsche Kaiser müsse niederländisches Gebiet besetzen, wenn die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England nicht in Stand setzen würden. Der Minister des Äußern erklärte kategorisch unter Berufung auf seine ministerielle Verantwortlichkeit, die Königin habe niemals einen solchen Brief noch ein Telegramm, noch eine Note, noch irgend ein anderes Schriftstück betr. die Verteidigungsmittel gegen England erhalten. Sie habe niemals eine Unterredung über dieses Thema mit dem deutschen Kaiser gehabt und niemals sei jemand im Auftrage des deutschen Kaisers an die Königin herantreten, um hierüber zu sprechen. Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck hoher Sympathie für den deutschen Kaiser, dessen aufrichtige Freundschaft gegenüber Holland sich so oft und so deutlich gezeigt habe. Der Deputierte Van Loee Beusels fragte in Abwesenheit des Deputierten Van Heuten, warum man denn, wenn im Jahre 1904 eine Gefahr fremder Einnischung nicht bestanden hätte, heimliche Maßnahmen ergriffen habe gegen einen geplanten Angriff? Die Regierung hätte besser getan, davon abzugehen ihre uneingeschränkte Sympathie für Deutschland auszudrücken, da hier zwei Mächte in Betracht kämen. Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

* St. Petersburg, 11. Febr. Amtlich wird eine Anordnung betr. Revision aller Regierungs- und Gemeindeinstitutionen Polens sowie der Intendanturen der Militärbezirke Kiew, Odessa, Ost- und Westsibiriens durch Senatoren bekannt gegeben.

* Saloniki, 11. Febr. Nach einer amtlichen Meldung haben einige seither in Griechenland lebende Bandenführer eine neue starke Bande in Calabaka (Thessalien) gebildet, die versucht, in türkisches Gebiet einzudringen. Der Bandenführer Jowan Sterio ist bei Sundschilar im Bezirk Saloniki erschossen worden.

Verschiedenes.

* London, 11. Febr. „Daily Chronicle“ zufolge hat der Leutnantgouverneur von Papua die Regierung des Commonwealth benachrichtigt, daß Schürfer der Regierung beim Flussufer im östlichen Teile des Goldfelds in der Nähe der deutschen Grenze verheißungsvolle Mineralgoldfelder entdeckt und auf etwa 5 Meilen abgegründet haben.

Literatur.

Von deutscher Kunst. Gesammelte Aufsätze und nachgelassene Schriften von Carl Schäfer, weiland Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Berlin 1910 bei Wilhelm Ernst und Sohn.

Im Vergleich zu der ungewöhnlich erfolgreichen Wirksamkeit, die Carl Schäfer als Lehrer der akademischen Jugend ausgeübt hat, ist seine schriftstellerische Arbeit kein geringes. Der Schwerpunkt seiner lehrenden Tätigkeit lag im lebendigen Wort und unmittelbaren Austausch zwischen Lehrer und Schüler. Kein umfassendes Compendium gibt Zeugnis von seiner universalen Kenntnis mittelalterlicher Kunst. Wenn er zur Feder gegriffen hat, geschah es in Abhandlungen, Aufsätzen und gelegentlichen Streitschriften. So bilden seine hinterlassenen Schriften ein zum größten Teil in Zeitschriften gezeichnetes Material, das erst dadurch der Allgemeinheit wieder zugänglich geworden ist, daß es gesammelt und zu einem Band vereinigt wurde. Es sind Fragmente seines wissenschaftlichen Lebenswerks, aber Fragmente, in denen sich alle Vorzüge seiner geistigen Arbeit spiegeln, vor allem jene auf gründlichster Sachkenntnis im Größten wie im Kleinsten beruhende Unmittelbarkeit und Greifbarkeit der Anschauung, die das kleinste technische Detail so lebendig und interessant zu machen weiß, wie die größten Gedanken künstlerischer Entwicklung; es ist eben der Vorteil einer Vereinigung praktischer und wissenschaftlicher Tätigkeit, worauf der eigentliche Schwerpunkt von Schäfers Bedeutung beruht. Viele dieser Abhandlungen sind vor allem an den Fachmann gerichtet, viele sind aber auch vom allgemeinsten Interesse für jeden, der an einer sachmännlich gründlichen Behandlung mittelalterlicher Kunstfragen ein Interesse hat, wie z. B. die meisterhafte Darstellung der Entwicklung der mittelalterlichen Glasmalerei. Vor allem aber werden die Freunde des Verstorbenen in diesen Schriften das wieder finden, was an dem Menschen wie an seinem Lebenswerk das Beste war: seine Persönlichkeit. K. W.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Samstag, 12. Febr. Abt. A. 38. Ab. Vorst. „Die Liebe wach“ (L'Amour veille), Lustspiel in 4 Akten von Callave und Fiers. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur:

(in Vertretung von Julius Rah) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen Dr. Hommel's Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarzt, die Mattigkeit verschwindet und körperliches Wohlbefinden stellt sich raschest ein. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel. Verkauf in allen Apotheken.

Karl Büchle, Karlsruhe

Kaiserstr. 149. Inh. A. Schuhmacher. Tel. 1931. Spezialgeschäft f. Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Besatzartikel, Spitzen. Spezialität: Lyoner Seidenstoffe zu billigsten Preisen. Sämtliche Neuheiten der Saison. Eigenes Modejournal.

Er!

Unterfertiger C. C. erfüllt hiermit die traurige Pflicht, seine lieben A. H. A. H. und i. a. C. B. i. a. C. B. von dem am 6. Februar 1910 zu Karlsruhe erfolgten Ableben seines lieben A. H.

Sigmund Eberstein
(1859)
Gymnasialprofessor a. D.
geziemend in Kenntnis zu setzen.

Der C. C. der Rhenania zu Freiburg.
I. A.: Alberti x x x.

F.277

Unser

Bertold - Bräu

Spezial-Starkbier aus Münchener Original-Malz

kommt
am Samstag den 12. Februar d. Js.
bei unserer verehrlichen Kundschaft und in unserem Hauptausschank

„Zum Moninger“

zum Anstich.

Bertold - Bräu ist auch in Flaschen (Brauerfüllung) in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen erhältlich und kann in Kisten von 25 Flaschen direkt von uns bezogen werden.

Brauereigesellschaft vormals S. Moninger.

F.278

Residenz- Theater
Kinematograph Waldstraße 30

Programm
für Samstag, 12., Sonntag, 13., Montag, 14., Dienstag, 15. Febr.

Vertrag Karl IX. mit Katharina von Medici. Drama.

Ein böser Tag. Humoristisch. Herr P. will sein Glück bei dem Neuen in Karlsruhe versuchen. Aber das Glück, das ihm am Morgen gelächelt, scheint nicht stand zu halten. Nachdem er sich den Bohnen seiner Frau zugezogen, fällt er in den Wasser-eimer der Portiersfrau, dann fällt er von der Straßbahn und nach einer großen Verpöschung kommt er auf dem Kienplatz an. Dort folgt er mit einem Feldstecher eifrig den Vorgängen auf dem Kienplatz, während ihm ein Taschendieb das Portemonnaie abnimmt. Ohne einen Pfennig in der Tasche macht er sich auf den Heimweg und erhält, als er zu Hause angelangt ist, von seiner Frau eine tüchtige Tracht Prügel.

Die Musik kommt, die Musik kommt! Tonbild.

Jährliche Feier der Schulkinder in New-York. Durch dieses Bild wird uns eine schöne Seite der amerikanischen Schulen vor Augen geführt, denn an einem bestimmten Tage des Jahres versammeln sich alle Schulkinder der Stadt, um gemeinsam einen Tag im Freien zu verbringen. Derselbe wird ausgefüllt mit allerlei Sport, Freilübungen, Tanzen, Laufen usw. und sind alle diese einzelnen Spiele in unserem Bilde vor Augen geführt.

Müller auf dem Ball. Sehr erheitend.

Der Othello vom Strande. (Von Daniel Riche.) Humoristisch.

Des ewigen Meeres Rauschen. Naturaufnahme. Ein prachtvoller klarer Morgen liegt über dem Meere, eine leichte rosige Färbung zeigt, wie die Sonne aus dem Meere steigt, um ihren Tageslauf zu beginnen. Ein leichter Wind erhebt sich und sanft kräuseln sich die Wellen. Immer stärker wird der Wind und größere Wellen spülen gegen den Strand, um wieder zurückgeworfen zu werden. Eine stürzt über die andere in stetem Wechsel. Die Sonne steigt höher, die schäumenden Wellen mit ihren farbigen Strahlen vergoldend. Endlich ist es Tag, soweit der Blick reicht.

München I
Nr. 697

Einschreiben

in Ihr Gedächtnis müssen Sie sich, daß es lose ausgewogenen Kathreiners Malzkaffee nicht gibt. Zwischen Malzkaffee und Malzkaffee ist ein Unterschied wie Tag und Nacht! Eoser Malzkaffee ist vielfach weiter nichts wie gebrannte Gerste. Der echte Kathreiners Malzkaffee kommt nur in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrers Kneipp zum Verkauf und bietet die sicherste Garantie für Wohlgeschmack und Reinheit. Man achte auf die bekannte Packung, es gibt Nachahmungen!

F.287

Karlsruhe - Rathausaal.

Montag den 14. Februar 1910, abends 8 Uhr,
Vorlesung
aus
Ovid's Metamorphosen
gehalten von
Maria Bassermann.

Karten: Saal 3 und 2 M., Galerie 1.50 M., Lehrkräfte, Studierende und Schüler der hiesigen Lehranstalten die Hälfte.

Fr. Doert, Hofmusikalienhandlung, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße, und an der Abendkasse. E998

Versuchen Sie bitte:

TÜRCK & PABST'S

Mayonnaise
Delicatess- & Gironde-Senf.
Besonders feine Qualität

T. & P's Senf in Schälchen ist praktisch und sparsam im Verbrauch.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.
Im Jahre 1821 eröffnet.

Nach dem Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1909 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuß:

74 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Die Mitglieder empfangen ihren Ueberschuß-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung oder des Versicherungsjahres durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:

Karlsruhe: H. Graebener, Waldstraße 41, Fernspr. 442.
Gegenstein: Leopold Strub, Verh.-Beamter.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkursverfahren.
§.260. Nr. 1548. Freiburg. Über das Vermögen des **Michael Schiele**, Dampfziegelei und Baumaterialienhandlung in Freiburg-Gaslach, wurde heute am 9. Februar 1910, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Karl Montigel** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 8. März 1910 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgerichte dabei, Abt. 4, zur Beschlußfassung über die Ver- behaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch den 9. März 1910, vormittags 11 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 16. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. März 1910 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 9. Februar 1910.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts 4. Oehn.**

Konkursverfahren.
§.261. Nr. 1439. Heidelberg. Über das Vermögen der Ehefrau des De- torateurs **Mag. Kaufe, Linda geb. Rieß** in Heidelberg wurde heute am 10. Februar 1910, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Privatmann **Philipp Mühsamen** in Heidelberg ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. März 1910 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 23, zur Beschlußfassung über die Ver- behaltung des ernannten oder die

Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 18. März 1910, vormittags 10 1/2 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. März 1910 Anzeige zu machen.

Heidelberg, den 10. Februar 1910.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Selb.**

Hochfeuerfeste Steine und Tone

jeder Art, — vorzüglich — billigst. D885

Schamottewerke Fliesen - Grünstadt, Rhpf.

Rackows Handelsschule, Frankfurt a. M.
(staatlich anerkannt)

1/2, 1/3 u. ganzjährige Kurse zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf resp. zur Fortbildung in demselben.

3.502

Bermischte Bekanntmachungen.

An der neuen Großh. Badischen Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, in der Nähe von Heidelberg, ist eine

Hilfsarztstelle

zu besetzen. Anfangsgehalt 2000 M. und mehr je nach Vorbildung, dazu freie Station. Regelmäßige Zulagen. Aussicht auf etatmäßige Anstellung bei Verwahrung im Dienst.

Auch eine

Medizinalpraktikantenstelle

ist frei. §.279.2.1

Gesuche von geeigneten Bewerber mit Personalien, Lebenslauf usw. werden an den unterzeichneten Anstaltsdirektor erbeten.

Dr. Fischer.

Oesterreichisch-Ungarisch- Südbadischer Güterverkehr.

Auf 20. Februar 1910 treten für die Beförderung von Graphit in Ladungen zu 10 t von Rahr-Mittstadt nach Basel, Konstanz und Schaff- hausen, neue, ermäßigte Frachttarife in Kraft. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau. §.281

Karlsruhe, den 9. Februar 1910.
Großh. Generaldirektion
der Badischen Staatseisenbahnen.